



**Peter Wichtel**

*Unsere Stimme in Berlin*

**CDU**

## Berlin Aktuell

13/2015 – 04.12.2015

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,  
liebe Freunde,

heute sind zwei aufeinanderfolgende Sitzungswochen des Deutschen Bundestages zu Ende gegangen, in welchen wir einerseits den Bundeshaushalt für das kommende Jahr 2016, aber im Nachgang zu den Terroranschlägen in Paris auch weitere wichtige Entscheidungen wie bezüglich des Engagements der Bundeswehr gegen den IS getroffen haben.

Mehr hierzu lasse ich Ihnen auf diesem Weg in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

Mit den besten Grüßen für ein schönes zweites Adventswochenende

Ihr

[www.peterwichtel.de](http://www.peterwichtel.de)



## Bundshaushalt 2016 verabschiedet



(© Andreas Hermsdorf/pixelio.de)

In der letzten Woche haben wir den **Haushalt für das kommende Jahr verabschiedet** und dabei alle Versprechen eingehalten: Die schwarze Null steht im dritten Jahr in Folge, es gibt keine Steuererhöhungen und wir setzen sogar Steuererleichterungen um. Diesen Erfolg verdanken wir der Arbeit unseres Bundesfinanzministers und dem haushaltspolitischen Spielraum, den wir uns über Legislaturperioden hinweg durch disziplinierte Konsolidierung und zukunftsorientierte Umschichtung erarbeitet haben.

Zur Bewältigung der Flüchtlingskrise haben wir den Etat des Bundesinnenministeriums aufgestockt. Die Zusatzmittel kommen vor allem dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, der Bundespolizei und auch dem Technischen Hilfswerk zugute. Wir helfen den Kommunen, investieren in die Integration der Flüchtlinge mit Bleibeperspektiven und wollen die Asylverfahren beschleunigen. Zudem verstärken wir die Bundespolizei mit 3.000 neuen Stellen bis 2018, um etwa die Belastungen durch die Grenzkontrollen abzufangen.

Für 2016 haben wir eine beispielhafte Rücklage gebildet, die sich aus einem Überschuss von 6,1 Mrd. Euro in diesem Jahr speist. Dieses Polster erleichtert es uns, weiterhin auch die Wachstumskräfte zu stärken. Zudem werden der steuerliche Grundfreibetrag, der Kinderfreibetrag, das Kindergeld sowie der Kinderzuschlag angehoben, und auch die kalte Progression abgebaut.

Die Zukunftsorientierung des Bundshaushalts 2016 zeigt sich im Etat unserer Bildungs- und Forschungsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka, der gegenüber 2015 um rund 1,13 Mrd. Euro auf insgesamt 16,4 Mrd. Euro anwächst. Auch im Verkehrshaushalt schaffen wir weitere Grundlagen der Zukunftsfähigkeit und stellen beispielsweise für automatisiertes und vernetztes Fahren erstmalig gut 41 Mio. Euro für die kommenden vier Jahre zur Verfügung.

Weiterführende Informationen zum Bundshaushalt 2016 finden Sie auf der Seite [www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de).

## Dem Terror die Stirn zeigen

Auch heute sind wir noch immer **chockiert über den Terror, der erneut Paris getroffen hat**. Die Angriffe waren aber nicht nur gegen die Menschen vor Ort, sondern gegen unsere Freiheit, unsere Werte, unseren Lebensstil und unsere westliche Gesellschaft gerichtet. Der dschihadistische Terror ist in zahlreichen Ländern präsent. Seit den Anschlägen in Madrid und London wissen wir: Er richtet sich auch gezielt gegen Europa.



Unser Zorn ist groß, aber wir werden dem Terror die Stirn bieten. So hat die Koalition in den vergangenen Monaten wichtige Maßnahmen zur Terrorabwehr beschlossen, um etwa die Ausreise potentieller IS-Kämpfer zu verhindern oder um die Terrorismusfinanzierung besser bestrafen zu können. Auch zielen die Mindestspeicherfristen für Verbindungsdaten auf die Aufdeckung terroristischer Netzwerke. Wir dürfen und werden nicht nachlassen, unsere innerstaatlichen Instrumente zur Bekämpfung terroristischer Kräfte zu überprüfen und anzupassen. So unterstützen wir auch nachdrücklich unsere Sicherheitsbehörden und werden Bundespolizei, Bundeskriminalamt und die Nachrichtendienste finanziell deutlich besser ausstatten. Auch die Länder stehen in der Verantwortung, für eine der Sicherheitslage entsprechende Ausstattung ihrer Polizei und Verfassungsschutzämter zu sorgen.

Paris zeigt: Die Koordination und der Austausch der europäischen Sicherheitsbehörden ist überlebensnotwendig. Zusammen mit Frankreich zeigen wir in der EU den einzig richtigen Weg auf: strengere Kontrollen an den Schengen-Außengrenzen, zügige Einigung über die Speicherung von EU-Fluggastdaten, schärferes Vorgehen gegen Waffenschmuggel und einen besseren Austausch über Terrorverdächtige. Zudem müssen wir unser Augenmerk auf diejenigen richten, die mitten unter uns beharrlich unsere Gesellschaftsordnung ablehnen, Intoleranz stärken und dafür werben, dass religiöse Regeln über den staatlichen stehen. Hier gilt es, alle Mittel des Rechtsstaates einzusetzen und mit langem Atem in Gesellschaft, Schulen, Moscheen und auch Gefängnissen Radikalisierungen vorzubeugen.

## Solidarität mit Frankreich



(© Bundeswehr)

Es sind schwere Wochen, die unser Nachbar und Freund Frankreich erlebt. Doch **nicht nur Frankreich, unsere gesamte Zivilisation wird durch die Gräueltaten des IS bedroht.** Sie wollen unserem Gesellschaftsmodell, dem die Freiheit des Einzelnen zugrunde liegt, ein Ende bereiten und dieses durch eine pseudo-religiöse Terrorherrschaft ersetzen. Dabei kennt der

IS kein Tabu, Gespräche und Verhandlungen sind unmöglich. Dem IS muss mit den Mitteln, die der freien Welt zur Verfügung stehen, ein Ende bereitet werden. Hierzu gehört neben Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit auch das Militär. Deutschland als größter Staat in der Europäischen Union darf angesichts der aktuellen Lage nicht untätig bleiben. Dass unser Beitrag zählt und wirkt, haben wir bereits bewiesen. Im Nordirak gelang es durch Lieferung von militärischem Ausrüstungsmaterial zur Unterstützung der kurdischen Regionalregierung, den IS zu stoppen und zurückzudrängen.

In dieser Woche haben wir zudem die Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch den IS beschlossen. Der Beitrag im Rahmen der Allianz gegen den IS soll durch die Bereitstellung von Luftbetankung, Aufklärung, Begleitschutz für den französischen Flugzeugträger Charles de Gaulle und Stabspersonal zur Unterstützung erfolgen. Insgesamt sollen sich an dem Einsatz bis zu 1200 Soldatinnen und Soldaten beteiligen. Der Einsatz soll vorrangig im und über dem Operationsgebiet der Terrororganisation in Syrien sowie auf dem Territorialgebiet von Staaten erfolgen, von denen eine Genehmigung der jeweiligen Regierung vorliegt, sowie im Seegebiet östliches Mittelmeer, Persischer Golf, Rotes Meer und angrenzenden Seegebieten. Der Einsatz, der zunächst bis zum 31.12.2016 befristet sein soll, ist eingebettet in einen breiten politischen Ansatz, der von der großen Mehrheit der Staatengemeinschaft getragen wird und politische, humanitäre, und militärische Ebenen hat. Ziel ist es, den IS einzudämmen und Irak so zu stabilisieren, dass alle Bevölkerungsgruppen angemessen eingebunden werden.

Weitere Informationen zum Engagement der Bundesregierung finden Sie unter anderem auf den Seiten der Bundeswehr unter [www.bundeswehr.de](http://www.bundeswehr.de).

## Aktuelles aus dem Plenum



(© Bundeswehr/Bannert)

Im Verlauf der Sitzungswoche haben wir den **Jahresbericht 2014 des Wehrbeauftragten** debattiert. Schwerpunktthemen waren die Auswirkungen der Einsätze und der Neuausrichtung der Bundeswehr sowie die Vereinbarkeit von Familie und Dienst. Im letzteren Bereich gibt es nach wie vor Kritik. Viele Soldatinnen und Soldaten sehen ihre Familien nur am Wochenende und sind häufig für längere Zeit von ihren Familien getrennt. Die Kinderbetreuungssituation bleibt verbesserungsfähig. Positiv bewertet wird die Entwicklung in der Betreuung von Einsatzrückkehrern. Auch sei die Versorgung verwundeter Soldatinnen und Soldaten weiter verbessert worden. Insgesamt wird Handlungsbedarf weiterhin vor allem im Bereich des Sanitätsdienstes gesehen, der besonders für die Motivation der Soldaten im Auslandseinsatz eine zentrale Bedeutung einnimmt.

In zweiter und dritter Lesung haben wir das **Gesetz für sichere digitale Kommunikation und Anwendungen im Gesundheitswesen** beschlossen. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung für eine bessere gesundheitliche Versorgung der Menschen stärker nutzen. Wir schaffen damit die im Koalitionsvertrag vereinbarte Grundlage, um nutzbringende Anwendungen zur Unterstützung der medizinischen Versorgung zügig einzuführen. Es geht darum, eine verlässliche Telematikinfrastruktur zur sicheren Vernetzung zwischen Ärzten und Krankenhäusern herzustellen. Im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens wurden Änderungen wie die Einbindung der Psychotherapeuten, die Verpflichtung der Apotheker zur Aktualisierung des Medikationsplans sowie Verbesserungen bei der Einführung der elektronischen Patientenakte und des Patientenfaches vereinbart.

## Daten und Fakten

**Erwerbstätigkeit auf Höchststand.** Im dritten Quartal 2015 waren nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes rund 43,2 Millionen Menschen mit Arbeitsort in Deutschland erwerbstätig. Damit wurde ein neuer Höchststand bei der Erwerbstätigkeit seit der Wiedervereinigung Deutschlands erreicht. Im Vergleich zum dritten Quartal 2014 wuchs die Zahl der Erwerbstätigen um 343.000 Personen, was einem Plus von 0,8 Prozent entspricht. Gegenüber dem zweiten Quartal 2015 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 303.000 Personen oder 0,7 Prozent. Der Anstieg der Gesamterwerbstätigenzahl gegenüber dem Vorjahresquartal entfiel weiterhin überwiegend auf die Dienstleistungsbereiche: Die größten absoluten Beschäftigungsgewinne gab es im Bereich Unternehmensdienstleister mit einem Plus von 138.000 Personen (plus 2,4 Prozent), gefolgt von Öffentlichen Dienstleistern, Erziehung und Gesundheit mit 134.000 Personen (plus 1,3 Prozent) sowie Handel, Verkehr und Gastgewerbe mit 83.000 Personen (plus 0,8 Prozent). Im Baugewerbe (minus 0,3 Prozent) sowie in Land- und Forstwirtschaft und Fischerei (minus 2,6 Prozent) sank die Zahl der Erwerbstätigen dagegen.

*(Quelle: Statistisches Bundesamt)*

**Ein-Euro-Jobs als Sprungbrett.** Einer Umfrage des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge tragen Arbeitsgelegenheiten für Arbeitslosengeld-II-Empfänger, sogenannte Ein-Euro-Jobs, dazu bei, die Beschäftigungsfähigkeit der Teilnehmer zu erhalten. Zwei Drittel der befragten Einsatzbetriebe hielten diese arbeitsmarktpolitische Maßnahme demnach für geeignet, die Teilnehmer wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen. Als Hemmnis sahen 16 Prozent der Betriebe an, dass die Maßnahmen nicht dazu ausgelegt seien, persönliche Probleme der Teilnehmer zu lösen, jeweils 15 Prozent gaben an, dass die Teilnehmer zu wenig qualifiziert seien und dass die Ein-Euro-Jobs nicht den Anforderungen einer regulären Beschäftigung entsprächen. Dennoch sehen 82 Prozent der Betriebe ihren Teilnehmer als geeignet für den jeweiligen Ein-Euro-Job an, mehr als die Hälfte der befragten Betriebe stellte sogar eine Eignung für ein reguläres Beschäftigungsverhältnis fest.

*(Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung)*

**Impressum**

Peter Wichtel MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 / 227 – 77041  
Fax: 030 / 227 – 76241  
Mail: [peter.wichtel@bundestag.de](mailto:peter.wichtel@bundestag.de)  
Internet: [www.peterwichtel.de](http://www.peterwichtel.de)

**Redaktion**

Christoph Schmid

**Bildnachweis**

Seite 2 – Andreas Hermsdorf/pixelio.de  
Seite 4 – Bundeswehr  
Seite 5 – Bundeswehr/Bannert